

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal

Fragen

1. Wie können wir zunehmender Verarmung und Ausgrenzung gemeinsam entgegenwirken und den sozialen Frieden sichern?
2. Wie können wir die Unterstützung von Menschen, die in sozialen und gesundheitlichen Notlagen sind, finanziell sicherstellen?
3. Wie stellen wir uns den Herausforderungen der Europäischen Integration (Migration und Inklusion)?
4. Wie ernst ist uns der Leitsatz „Kein Kind darf zurückgelassen werden!“ und was sind wir bereit, dafür zu investieren?
5. Welche Instrumente ermöglichen es uns, dass mit “Arbeit“ Hilfebedürftigkeit überwunden werden kann (Bsp. sozialer Arbeitsmarkt)?
6. Welche Hilfe zur Eingliederung und welche soziale Netze für Menschen am Rande der Gesellschaft sollten langfristig gesichert und ausgebaut werden?
7. Wo ziehen Sie die Grenzen zwischen marktwirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Verantwortung?

Antworten

1. Wie können wir zunehmender Verarmung und Ausgrenzung gemeinsam entgegenwirken und den sozialen Frieden sichern?

Zunehmender Verarmung und Ausgrenzung müssen wir GEMEINSAM entgegenwirken, um den sozialen Frieden zu sichern!

Mit großer Sorge beobachte ich wichtige Entscheidungen der letzten Jahre, die diese Stadt für lange Zeit prägen werden, m.E. aber wohl nicht die richtigen Weichenstellungen waren, da sie die Kluft zwischen arm und reich verstärken und noch mehr Arbeitsplätze im Niedriglohnsegment zulassen, die ohne Transferleistungen kein Auskommen bieten. DAS möchte ich so nicht fortsetzen, sondern Wirtschaft fördern, die auskömmliche Arbeitsplätze schafft, Natur erhält und nicht rein monetär ausgerichtet, sondern in und mit der Region verwurzelt ist.

2. Wie können wir die Unterstützung von Menschen, die in sozialen und gesundheitlichen Notlagen sind, finanziell sicherstellen?

Auch in Wuppertal können wir weder für Konsum noch für soziale Belange den Euro mehrfach ausgeben.

Aber die Prioritäten müssen anders gesetzt werden, damit Zusammenhänge klar und Mittel frei werden :

- Frühzeitig und fair informieren
- Kosten transparent offenlegen, nach Sinnhaftigkeit hinterfragen und ggf. einsparen
 - Die Wuppertaler Entscheidungsträger wollen Bürgerbeteiligung zukünftig über ein zusätzlich geschaffenes Dezernat steuern. Dafür wird ein neues

Dezernat geschaffen, neues Personal eingestellt und gut bezahlt.
Bürgerbeteiligung ist eine Querschnittsaufgabe und sollte selbstverständlich sein – in JEDER Stelle!

- Hohe Personalkosten verursachen auch die ca. 60 stadtnahen GmbHs – ebenfalls mit gut dotierter Führungsebene nebst Mitarbeiterstab. Arbeiten diese Unternehmen wirtschaftlich – mit Gewinn?
- Ebenso darf das extern vergebene und mit 1,2 Mio. Euro gut bezahlte Marketingkonzept zum Döpfs-Umbau in Frage gestellt werden. .
- Last but not least kostet auch die von der Kommunalwahl 2014 in Wuppertal getrennte OB-Wahl 2015 mehrere 100.000 EURO.

Damit will ich verdeutlichen, dass Geld ausgegeben wird, wenn der Grund den handelnden Personen nur wichtig genug ist, dass es aber auch anders ginge, wenn die Entscheidungsträger es denn wollen!

- Mehr regionale Wertschöpfung ermöglichen und damit langfristig neue Einnahmequellen generieren und auskömmliche Arbeit schaffen, z. B. durch
 - Themenbündelung – z. B. Automeile am W-Elberfeld/Uellendahl, Möbelmeile in W-Langerfeld etc.
 - Förderung der praxisnahen Kooperation zwischen Wirtschaft, Forschung/Wissenschaft...
 - Wirtschaftsförderung, die nicht verstärkt Immobilien für neue Verkaufs-/Handelsflächen anbietet und dafür entsprechende Investoren anlockt, sondern sich auch – mindestens in demselben Umfang – um in Wuppertal ansässige Bestandsunternehmen kümmern soll.

Es ist zu erwarten, dass nicht IKEA und/oder PRIMARK oder vergleichbare auswärtige Konzerne mit Produktions- und Arbeitsbedingungen, die keineswegs Mitwelt- und gemeinwohlfördernd sind zukünftig deutlich mehr Gewerbesteuer in den Haushalt spülen werden und an dessen Sanierung interessiert sind, sondern weiterhin ihren Gewinn maximieren und ihre Steuerlast optimieren wollen und werden!

Deshalb reicht es nicht, dass es „neue“ Projekte und Investoren in Wuppertal gibt. Diese sollen in der Stadt und für die Menschen auch langfristig Mehrwert/e schaffen

3. Wie stellen wir uns den Herausforderungen der Europäischen Integration (Migration und Inklusion)?

Willkommenskultur heißt nicht, nur Unterkunft/Verpflegung zu stellen und die Menschen im fremden Land dann sich selbst zu überlassen. Das läuft in einigen Quartieren (im Westen) bereits gut, in anderen (im Osten) beschwerten sich dort z. T. schon seit Generationen lebende Menschen über nächtlichen Lärm, Müll, Kleindiebstählen etc. – da bedarf es der Kommunikation und Vermittlung über die Regeln unseres Zusammenlebens und zwischen den Menschen – auch hier würde/wird es Lösungen geben.

All diese Neubürger*innen zu integrieren, bedarf also weiterer Anstrengungen, die nicht maßgeblich Ehrenamtler*innen leisten können. Das geht nur gemeinsam – mit einer bürgerfreundlichen Stadtverwaltung!

4. Wie ernst ist uns der Leitsatz „Kein Kind darf zurückgelassen werden!“ und was sind wir bereit, dafür zu investieren?

Inzwischen habe ich gelernt, dass jedes dritte Kind in Wuppertal in Armut lebt. So darf es nicht weitergehen!

Ich glaube auch nicht, dass der Grund nur bei den Familien bzw. Menschen selbst liegt, sondern denke vielmehr, dass hier unsere Art des Lebens und Wirtschaftens maßgeblich ursächlich ist. Geiz und Gier beuten Mensch und Mitwelt aus. Damit gefährden wir unser aller Lebensgrundlage/n. Auch hier scheint mir das Wichtigste: UMDENKEN und HANDELN!

5. Welche Instrumente ermöglichen es uns, dass mit “Arbeit“ Hilfebedürftigkeit überwunden werden kann (Bsp. sozialer Arbeitsmarkt)?

Hier fehlen mir bisher Einblick und Fachwissen, da ich in diesem Thema bisher weder beruflich noch privat involviert bin. Allerdings könnte ich mich bei Bedarf auch hier einarbeiten und zu einem späteren Zeitpunkt meine Meinung dazu kundtun.

6. Welche Hilfe zur Eingliederung und welche soziale Netze für Menschen am Rande der Gesellschaft sollten langfristig gesichert und ausgebaut werden?

Es dürfen nicht immer mehr Menschen durch Alter, Krankheit und/oder Armut ausgegrenzt werden, bestehende Hilfen und Netze müssen bestehen bleiben und wie bei Stadtentwicklung und Personalentwicklung in der Stadtverwaltung bedarf es ganzheitlicher und langfristiger Konzepte, die es gemeinsam zu erarbeiten und umzusetzen gilt.

Es macht keinen Sinn, Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, nur von Plätzen und aus dem Blickfeld zu verdrängen. Auch diesen Menschen muss geholfen werden. Da leisten Ihre Organisationen doch bereits wertvolle Arbeit, die es von Seiten der Stadtverwaltung zu unterstützen gilt – im Rahmen der Möglichkeiten personell, finanziell und inhaltlich.

Es gehören aber auch klare Prioritäten dazu, die Synergieeffekte bieten und/oder den Mut, Neues auszuprobieren – z B Mehrgenerationenwohnen und weitere Gemeinschaftsprojekte.

7. Wo ziehen Sie die Grenzen zwischen marktwirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Verantwortung?

Insbesondere die Gesamt-Stadt aber auch die als Standort insbesondere betroffenen Stadträume werden durch diese Großprojekte maßgeblich geprägt werden.

Dabei darf bezweifelt werden, ob die Investorenprognosen „ Mehr Gewerbesteuern und neue Arbeitsplätze“ sich erfüllen werden oder ob im Ergebnis doch nur die Ressourcen Grundstück, Infrastruktur und Menschen (aus)genutzt werden ohne Gutes für das Gemeinwohl zu tun – z.B. erst die Ertragsteuer auf hier erzielte Umsätze zu zahlen, bevor grenzüberschreitende konzerninterne Verrechnungen erfolgen. Das allerdings kann nicht die

kommunale Ebene gesetzlich regeln sondern dafür muss die Bundesebene Regeln schaffen. Allerdings kann und muss der/die Oberbürgermeister*in der siebzehnt-größten Stadt Deutschlands auf Ihre Vertreter in Land und Bund entsprechend einwirken, dies anzustoßen und durchzusetzen!

Ergänzende Anmerkungen - zu Verbändepositionen

DRK

Ja, ich teile Ihre Auffassung, dass die Entscheidungsträger der Stadt die finanzielle Notlage vieler Wuppertaler*innen wahrnehmen und beobachten müssen. Ja, städtische Entwicklungsprozesse müssen entsprechend gelenkt werden. Das aber geht nicht, wenn alle Ressourcen in umstrittene Großprojekte gelenkt werden, deren wirklicher Nutzen für die Stadt und deren Bewohner*innen in der derzeitigen Planungsvariante weiterhin höchst fraglich ist.

Caritas

Steuereinnahmen in Mio.-Höhe rechtfertigen nicht hohe Zahlen von Suchtkranke. Den bereits erkrankten Menschen muss geholfen werden. Die Kosten dafür werden sozialisiert. Es macht weder Sinn noch ist das gut für die Stadt und die Menschen, dass die Stadt diese geballten Ansiedlungen nicht frühzeitig steuernd begrenzt!

Die finanzielle Förderung der Spielerfachstelle ist eine wichtige Anlaufstelle und muss erhalten bleiben. Sie kann aber leider nur Symptome lindern.

M.E. ist die Stadt nicht nur bei Großprojekten in der Pflicht der Lenkung und Steuerung, sondern auch bei der geballten Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros.

Mir ist weiterhin unbegreiflich, warum die Entscheidungsträger die Ausbreitung von Spielhallen, Wettbüros und Leerständen in den Beton- und autoreichen Zentren von Oberbarmen bis Vohwinkel ungebremst zugelassen haben.

Diakonie

Ja, auch hier stimme ich Ihnen zu und würde als Oberbürgermeisterin die gemeinsame Entwicklung einer Willkommensstruktur selbstverständlich aktiv mit unterstützen. Das gilt natürlich auch für die abgestimmte bzw. gemeinsame Akquise von Fördermitteln dafür.

Konkrete Zahlen vermag ich derzeit verlässlich (noch) nicht zu nennen.

Patenschaften für Flüchtlinge helfen dabei, Sprache und Spielregeln der neuen Heimat zu erlernen und schaffen andererseits Verständnis für den/die Fremde/n.

Jüdischer Wohlfahrtsverband

Die von Ihnen beschriebene Situation hört sich mehr als bedenklich an und bedarf einer tragfähigen Struktur, die gemeinsam mit den Akteuren erarbeitet werden muss.

Der Paritätische

Ja, Inklusion sehe ich auch als Querschnittsthema, denke es aber über die Ihrerseits genannten Aspekte noch hinaus. Auch im öffentlichen (Straßen)Raum müssen Sicherheitsaudits Pflicht sein und zu Beginn der Projektplanung nachgewiesen werden. Andernfalls wäre das Projekt dort nicht machbar. Am Beispiel der seit Jahren höchst

umstrittenen Planungen um den Möbler/IKEA in W-Nord ist der Untersuchungsraum u. E. zu eng gewählt und Sicherheitsaudit nicht dokumentiert.

Arbeiterwohlfahrt

Bildung ist Zukunft – deshalb darf/muss gute Bildung definitiv Priorität haben!

Das kostet, wäre aber gut investiert – in UNSERE Zukunft!

Ihre Fragen hoffe ich hiermit hinreichend beantwortet zu haben,
stehe aber gerne auch für weiterführende zur Verfügung und verbleibe

mit sonnigen Grüßen

Beate Petersen

Oberbürgermeister-Kandidatin

nominiert durch die Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW)

**... auf zur WAHL
- in WUPPERTAL**

Mischen Sie sich ein – auch zur Wahl am 13. September 2015

Kontakt:

Tel. Mobil: +49 (179) 4207696

e-mail: info@beate-petersen.de

www.beate-petersen.de

<https://www.facebook.com/beate.petersen2>



**Denken Sie bitte an die Umwelt
und drucken Sie diese eMail nur bei Bedarf aus.**